

Nr.	Thema	Antragsteller	Empfehlung UBV	Empfehlung UBA
A 1	Lernen aus der Corona-Pandemie – Videokonferenzen in der Parteiarbeit	UBV	Annahme	Annahme
A 2	Koloniales Erbe aufklären, Raubgut restituieren	UBV	Annahme	Annahme
A 3	Lehrkräfte in NRW gleichmäßig verteilen	OV Baerl	Annahme	Annahme
A 4	Steuerliche Absetzbarkeit von Homeoffice (Heimarbeit) und mobiles Arbeiten durch Anhebung der Werbungskostenpauschale von 1.000,00 € auf 2.000,00 € im Jahr	AfA, OV Marxloh/Fahrn	Annahme	Annahme
A 5	Erdogan aktiv stoppen - die Türkei muss zu Frauenrechten und Demokratie zurückkehren	UBV / AsF	Annahme	Annahme
A 6	Sozialer Klimaschutz für die Vielen: Erfolgreiches Projekt „Innovation City“ auf ganz NRW ausweiten	UBV	Annahme	Annahme
A 7	Keine Verjährungsfrist für sexuell motivierte Straftaten an Schutzbefohlenen	AsF	Annahme	Annahme
A 8	Femizide ächten und Gewalt gegen Frauen bekämpfen!	AsF	Annahme	Annahme
A 9	Duisburg sozial, ökologisch und fortschrittlich gestalten!	UBV	Annahme	Annahme
A 10	Stärkung der gesetzlichen Rente	AG 60plus/ OV Marxloh/Fahrn	Annahme	Annahme
A 11	Digitalisierung der Anschreiben	OV Rumeln-Kaldenhausen, OV Beeck/Bruckhausen OV Rheinhausen-Mitte		
A 12	Abschaffung § 218 und § 219 a	AsF	Annahme	Annahme
A 13	Fahrradreparaturstationen fördern	OV Neudorf	Überweisung an den AK Mobilität	Überweisung an den AK Mobilität

A 14	Förderung und Errichtung von Schaukästen	Jusos	Annahme	Annahme
A 15	Mehrzwecknutzung von Lärmschutzwänden	Jusos	Annahme	Annahme
A 16	Schlachtungen konsequenter überwachen und tierschutzgerechter durchführen	Jusos	Annahme	Annahme
A 17	Weitere Renaturierung des Dickelsbachs auf den Weg bringen, im Vorfeld der IGA 2027	OV Wanheimerort	Annahme	Annahme
A 18	Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets	OV Wanheimerort	Annahme	Annahme
A 19	Mittagessen für BuT-Berechtigte komplett gebührenfrei stellen	OV Walsum	Annahme	Annahme
A 20	Einführung einer Infotafel in der Innenstadt	Jusos	Ablehnung	Annahme
A 21	Blutspende für alle ermöglichen	Jusos	Annahme	Annahme
A 22	„Lene Reklat“-Park	<del>OV Rheinhausen-Mitte</del> <del>OV Rumeln-Kaldenhausen</del>		
A 23	Elternbeiträge in Duisburger Kindertageseinrichtungen sozialer gestalten	OV Walsum	Annahme	Annahme
A 24	Offenen Ganztage ausbauen und Gebühren abschaffen - Chancengleichheit herstellen	OV Walsum	Annahme	Annahme
A 25	Sicherheit erhöhen - Anzahl der Mitarbeiter des Sonderaufendienstes verdoppeln	OV Walsum	Annahme	Annahme
A 26	Bedarfsgerechtes Streetwork in Duisburg	OV Walsum	Annahme	Annahme
A 27	Wettbüros und Wettannahmestellen reduzieren - Jugendschutz erhöhen	OV Walsum	Annahme	Annahme

A 28	Reguläre Einwanderung nach Deutschland und in die EU	OV Rheinhausen-Mitte	Das Anliegen soll eingebettet werden in ein Positionspapier der SPD Duisburg zu den Themen „Einwanderungsrecht, Ausländerpolitik und Asylrecht“. Sören Link und Mahmut Özdemir werden daran federführend arbeiten Der OV Rheinhausen-Mitte als Antragsteller will sich bezüglich des weiteren Vorgehens beraten.	Das Anliegen soll eingebettet werden in ein Positionspapier der SPD Duisburg zu den Themen „Einwanderungsrecht, Ausländerpolitik und Asylrecht“. Sören Link und Mahmut Özdemir werden daran federführend arbeiten Der OV Rheinhausen-Mitte als Antragsteller will sich bezüglich des weiteren Vorgehens beraten.
R 1	Wir wollen Vorreiter bei der Aufarbeitung und der Erinnerungskultur von Völkermorden sein	OV Wanheimerort	Kein Votum	Kein Votum
R 2	„Für eine geschlossene und starke SPD in Duisburg – Erfolgreich für die Bürgerschaft unserer Stadt bei Bundestags- und Landtagswahl“	OV Baerl, OV Meiderich, OV Neumühl, OV Wanheimerort	Kein Votum	Kein Votum
R 3	Vorschlag von Gesine Schwan zur Flüchtlingsfrage	OV Rheinhausen-Mitte	Kein Votum	Kein Votum
S 1	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 1	UBA	Annahme	Ablehnung
S 2	Neufassung UB-Satzung §10 Abs.2	OV Beeck/Bruckhausen OV Homberg/Ruhrort OV Rumeln-Kaldenhausen OV Neudorf	Ablehnung	Annahme
S 3	Neufassung UB-Satzung §11 Abs.4	OV Homberg/Ruhrort, OV Neudorf OV Rumeln-Kaldenhausen OV Beeck/Bruckhausen	Ablehnung	Annahme



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 1</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	UBV
<b>ADRESSAT</b>	SPD UB-Parteitag
<b>BETREFF</b>	Lernen aus der Corona-Pandemie - Videokonferenzen in der Parteiarbeit

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Nach dem Ende der Corona-Pandemie soll die Möglichkeit der Durchführung von  
5 Videokonferenzen für Ortsvereine, Ortsvereinsvorstände und Arbeitsgemeinschaften etc.  
6 unterstützt vom Parteibüro möglich bleiben. Die Nutzung erfolgt im eigenen Ermessen in  
7 der Verantwortung der Genossinnen und Genossen vor Ort. Die Software wird vom  
8 Parteibüro kostenlos zur Verfügung gestellt und dient der Bereicherung und Vereinfachung  
9 für die politische Arbeit im Unterbezirk Duisburg.

10

11

## 12 Begründung

13

14 Während der Corona-Pandemie haben viele Genossinnen und Genossen gelernt, mit  
15 Software zur Durchführung von Videokonferenzen umzugehen. Vorstandssitzungen,  
16 Mitgliederversammlung, informative Veranstaltungen, Antragsberatungen usw. waren  
17 über viele Monate nur über digitale Treffen möglich. Das ist nach dem Ende der Pandemie  
18 vorbei. Und das ist auch gut so.

19 Wir haben aber auch die Vorzüge und Vorteile solcher Konferenzen kennengelernt und  
20 die gilt es auch weiterhin zu nutzen.

21 Parteiarbeit ist ein Ehrenamt und diese wird nach und neben der Erwerbsarbeit und den  
22 familiären Verpflichtungen geleistet. Vorstandssitzungen mit kurzen Tagesordnungen oder  
23 Sitzungen in Zeiten vieler ehrenamtlicher Termine, wie zum Beispiel der Adventszeit,  
24 können so nach eigenem Ermessen durchgeführt werden. Es entfallen Wege und damit  
25 wird Zeit gewonnen.

26 Thematische Veranstaltungen mit Referent\*innen, die z. B. einen langen Anfahrtsweg  
27 haben, können, wenn gewünscht, auch online organisiert werden.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37 Angenommen:

38 Abgelehnt:

39 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 2</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	UBV
<b>ADRESSAT</b>	SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Koloniales Erbe aufklären, Raubgut restituieren

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Der Unterbezirk Duisburg fordert eine politische Aufarbeitung der deutschen kolonialen  
5 Vergangenheit auf gesamtgesellschaftlicher und diplomatischer Ebene.

6 Wir fordern die Etablierung einer/s Bundesbeauftragt\*en für die Aufarbeitung und  
7 Koordinierung der deutschen Kolonialgeschichte sowie der Restitution von Kulturgütern,  
8 die zu Unrecht in den Besitz der Bundesrepublik, der Bundesländer, Kommunen und  
9 anderen öffentlich-rechtlichen Trägern gekommen sind.

10 Unter diesen Kulturgütern verstehen wir Raubgut, sowie Ankäufe aus dem Kunsthandel,  
11 deren Provenienz (Herkunft) aus kolonialen Herrschaftsverhältnissen stammt, unabhängig  
12 davon, ob es sich um eine ehemalige deutsche Kolonie oder dem Kolonialgebiet einer  
13 anderen Nation handelt.

14  
15 1. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte hat das Ziel der Sensibilisierung  
16 und Vergegenwärtigung dieser Zeitepoche sowie des begangenen Unrechts der  
17 breiten Öffentlichkeit durch die gezielte Förderung und Koordinierung durch  
18 Ausstellungen, Aktionen, Publikationen und Projekten aus Wissenschaft, Kunst, Kultur,  
19 Medien, sowie Einrichtungen und Vereinen politischer und gesellschaftlicher Bildung.

20  
21  
22 Der Abschluss der sechsjährigen Verhandlungen zur Wiedergutmachung zwischen der  
23 Bundesrepublik Deutschland und Namibia können nur der Anfang zu einer echten  
24 Aussöhnung zwischen den Völkern sein. Führende Repräsentant\*innen beider Völker  
25 erkennen die Ergebnisse nicht an und üben offen Kritik an der Bundesrepublik und  
26 Namibia.

27 Wir fordern einen Prozess der Verständigung auf Augenhöhe, der alle Vertreter\*innen der  
28 Herero und Nama einbezieht und so eine echte Aussöhnung überhaupt erst möglich  
29 macht.

30  
31 2. Die Förderung und Vertiefung des transnationalen Dialogs zwischen Deutschland und  
32 Würdenträgern in ehemaligen Kolonien, und den Nachfahren der einst unterdrückten,  
33 ausgebeuteten und beraubten Menschen.

34  
35 3. Schaffung einer Bundesstelle, die Restitutionsanfragen von Kulturgut aus ehemaligen  
36 Kolonialgebieten zentral entgegennimmt, bündelt und koordiniert.

37  
38 4. Sicherstellung von diplomatischer Begleitung bei der Restitution von Kulturgütern.

39

40 5. Förderung von unbefristeten wissenschaftlichen Planstellen für die Provenienz-  
41 Ermittlung von Kulturgut, bei dem es sich potentiell um Raubgut bzw. Handelsgut aus  
42 kolonialen Herrschaftsverhältnissen handelt.  
43

44 Im Zentrum der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte und der Restitution von  
45 außereuropäischen Kulturgut stehen die Bedürfnisse der Menschen nach Aufklärung,  
46 Anerkennung, Wiedergutmachung und Rückführung von Kulturgut in den betroffenen  
47 Gebieten Asiens, Afrikas, der Südsee, Australiens, Süd-, Mittel- und Nordamerikas.

48 Bei Rückgaben von Kulturgut sind unterschiedliche Vereinbarungen denkbar, wie  
49 komplette Restitution, Tausch, finanzielle Kompensation und andere Formen von  
50 Anerkennungsleistungen, die den moralischen Bedürfnissen des jeweiligen  
51 Verhandlungspartners in den betroffenen Regionen entsprechen müssen.

52 Nicht zugelassen werden darf eine Form des moralischen „Ablasshandels“ in Bezug auf  
53 die Hoffnung eines eigenen Vorteils der Restitution, sei es in wirtschaftlicher, politischer  
54 oder ethischer/ moralischer Hinsicht.  
55

## 56 **Begründung**

57  
58 Die deutsche Kolonialgeschichte ist ein über Jahrzehnte in der deutschen Öffentlichkeit  
59 verdrängtes Thema. Zwar ist allgemein bekannt, dass Deutschland zwischen 1880 und  
60 1918 Kolonien besaß, die damit verbundenen Verbrechen und verheerenden  
61 Auswirkungen bis heute sah man eher Erbe Großbritanniens, Frankreichs, Spaniens,  
62 Portugals, der Niederlande und Belgiens an.

63 Die Kolonien Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-  
64 Neuguinea sowie Besitzungen in China und Mikronesien wurden den Deutschen nach  
65 1918 abgenommen, die vor Ort begangenen Verbrechen der Besatzer schlugen bis heute  
66 unverheilte Wunden.  
67

68  
69 Die Debatte kam mit der berühmt gewordenen Rede Emmanuel Macrons in der Universität  
70 von Ougadougou in Burkina Faso im November 2017 ins Rollen. Er versprach einen Dialog  
71 auf Augenhöhe zwischen Europa und Afrika, eine umfassende Aufarbeitung der kolonialen  
72 Vergangenheit und die Rückgabe von gestohlenem Kulturgut. Bekannt und diskutiert  
73 werden diese Themen seit den 1960er Jahren, aber Macrons Rede von Ougadougou war  
74 ein Eisbrecher.

75 Seitdem wird in der westlichen Welt intensiv über koloniale Denkmäler, Straßennamen,  
76 den Völkermord der deutschen Kolonialmacht an den Herero und Nama im heutigen  
77 Namibia, alltäglichen und strukturellen Rassismus usw. diskutiert.

78 Der Völkermord der Deutschen an den Herero und Nama wird inzwischen von der  
79 Bundesregierung als Genozid bezeichnet, Verhandlungen zu eingeklagten  
80 Reparationszahlungen stocken dennoch. Die laufenden Gespräche werden von den  
81 betroffenen Völkergruppen als schleppend und unwürdig empfunden.  
82

83 Restitution, also die Rückgabe von gestohlener Kunst, Kult- und Alltagsobjekten, kommt  
84 bei der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte eine Schlüsselrolle zu.  
85

86 Dazu folgende Hintergrundinformationen:

87 Handel mit Kunsthandwerk aus Asien, Afrika und dem Vorderen Orient gibt es in Europa  
88 seit dem Mittelalter. Ein wahrer Boom des Handels mit „exotischer Kunst“ setzte ab dem  
89 16. Jahrhundert ein. Zentren des Kunsthandels waren die ehemaligen deutschen  
90 Reichsstädte wie z. B. Nürnberg oder Köln. Einer der bedeutendsten Umschlagplätze des  
91 Kunsthandels wurde Antwerpen. Das Fälscher Handwerk begann zu blühen und ist bis

92 heute ein lohnendes Geschäftsmodell. Ein großer Teil dieser Objekte stammt aus  
93 „Geschäften auf Augenhöhe“.

94  
95 In deutschen Museen und Sammlungen finden sich Objekte aus aller Welt, nicht nur aus  
96 den ehemaligen deutschen Kolonien. Kunst, Kultgegenstände, Schmuck, wertvolle  
97 Keramiken usw. wurden, insbesondere im Laufe des 19. Jahrhunderts, von deutschen  
98 Abenteurern, Siedlern und Händlern vor Ort entwendet oder zu Spottpreisen vor Ort  
99 gekauft und nach Deutschland gebracht. Provenienz, also die Umstände, unter denen  
100 diese nach Deutschland gekommen sind, lässt sich vielfach nicht mehr rekonstruieren. In  
101 der Regel fehlt aber das Geld für diese „Provenienz Forschung“. Auf Provenienz  
102 spezialisierte Wissenschaftler\*innen werden in der Regel befristet projektbezogen  
103 angestellt und nicht wenige verlassen ihr Fachgebiet zu Gunsten einer unbefristeten,  
104 sozialversicherten Tätigkeit in einem anderen Bereich.

105 In deutschen Museen und Sammlungen fehlen häufig auch Inventare der meistens sehr  
106 umfangreichen Magazinbestände. Auch hier fehlt das Geld für diese grundlegenden  
107 Aufgaben.

108  
109 In den letzten Jahren prominent wurde die Debatte um die sog. Benin-Bronzen. Die  
110 ehemalige Handelsmetropole Benin im heutigen Nigeria wurde 1897 von britischen  
111 Soldaten dem Erdboden gleichgemacht. Die Stadt verschwand, in der Literatur ist von etwa  
112 100 000 Toten die Rede, fast alle schwarz. Die wertvollen Bronzen wurden geraubt, in alle  
113 Welt verschifft und verkauft. Sie erzielen bis heute hohe Preise auf dem Kunstmarkt. Im  
114 Laufe der anhaltenden Debatten rund um die Bronzen haben renommierte  
115 Auktionshäuser, wie Sotheby`s oder Christie`s, ihre Compliance-Regeln angepasst.  
116 Raubgut soll keinen Platz auf dem Kunstmarkt haben, so die Idee.

117 Nigeria bemüht sich um eine Rückführung und hat für diese Objekte ein eigenes Museum  
118 errichten lassen. Die Verantwortlichen des sich in Fertigstellung befindlichen Humboldt-  
119 Forums in Berlin, die über mehrere Benin-Bronzen verfügen, sperrten sich jahrelang. Ende  
120 März wurde bekannt gegeben, dass eine Rückgabe vorbereitet wird.

121 Allen Beteiligten ist dabei klar, dass es sich hierbei nur um den Anfang handeln kann.  
122 Dieser Antrag soll nicht nur als Signal verstanden werden, sondern bei den politisch  
123 Verantwortlichen auch zum politischen Handeln führen, damit dieser dunkle Punkt unserer  
124 Geschichte aufgearbeitet und zu einer dauerhaften Versöhnung unserer Völker führen  
125 kann.

126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138 Angenommen:  
139 Abgelehnt:  
140 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 3</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Baerl
<b>ADRESSAT</b>	SPD Landtagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Lehrkräfte in NRW gleichmäßig verteilen

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Besetzung von Stellen von  
5 Lehrerinnen und Lehrern so umgesetzt wird, dass in NRW die Besetzung innerhalb aller  
6 Schulformen jeweils ausgeglichen wird, dass es keine markanten Unterschiede zwischen  
7 den Städten und innerhalb dieser gibt.

8 Möglichkeiten hierzu wären Zuweisungen, Listenverfahren, Ausschreibung von Stellen  
9 ausschließlich an den jeweils am schlechtesten besetzten Schulen, etc.. Dies muss ohne  
10 die Aussicht auf kurz- bzw. mittelfristige Möglichkeit einer Stelle an einer gut besetzten  
11 Schule geschehen.

12  
13  
14 **Begründung**

15  
16 In vielen Städten NRWs, auch in Duisburg, stellt der Mangel an Lehrkräften ein großes  
17 Problem dar. Die Wichtigkeit von ausreichend Lehrkräften an Schulen ist hinlänglich  
18 bekannt. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber ist aktuell noch und auch in  
19 absehbarer Zeit zu gering, so dass viele Schulen einen akuten Lehrkräftemangel  
20 verzeichnen, während andere Schulen als gut besetzt bezeichnet werden können. Die von  
21 der Bezirksregierung Düsseldorf in Bezug auf Duisburg veröffentlichten Besetzungszahlen  
22 geben nur einen statistischen Wert wieder, die tatsächliche physische Besetzung an  
23 Schulen ist oftmals geringer.

24 Versuche der Landesregierung bzw. des MSB NRW, durch finanzielle Anreize leer  
25 gelaufene Stellen zu besetzen, schlagen regelmäßig fehl. Stetig gehen Lehrkräfte in  
26 Pension/Rente oder lassen sich versetzen, neue Lehrkräfte können jedoch mangels  
27 Bewerbungen oftmals nicht eingestellt werden. Abordnungen an schlecht besetzte  
28 Schulen für ein halbes Schuljahr, bei denen eine Stelle zum Teil auf bis zu drei Lehrkräfte  
29 aufgeteilt wird, sind keine wirkliche Unterstützung. Seit Jahren verschlechtert sich die  
30 Situation an vielen Schulen, besonders im Primarbereich und an den Förderschulen. Der  
31 Bezirksregierung Düsseldorf und dem MSB NRW ist dies bekannt, sie nutzen jedoch  
32 bisher kein adäquates Mittel, dies zu ändern.

33  
34 Daher ist es dringend geboten, neue und wirksame Wege zu gehen. Bis der Markt an  
35 Bewerberinnen und Bewerbern wieder so voll ist, dass die Nachfrage an Lehrkräften für  
36 alle Schulformen geringer ist als das Angebot, werden noch sehr viele Jahre vergehen. In  
37 diesen Jahren werden die bereits jetzt schon betroffenen Schulen einen immer größeren  
38 Lehrkräftemangel verzeichnen, der den regulären Schulbetrieb unmöglich machen wird,  
39 während andere Schulen weiterhin neue Lehrkräfte einstellen. Durch den immer größer  
40 werdenden Mangel werden die vor Ort tätigen Lehrkräfte über die Maße beansprucht, hohe

41 Ausfallzeiten durch Überlastung und Erkrankung sind absehbar und verschlimmern die  
42 Situation abermals.

43  
44 Es muss unser Anliegen sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler die schulische  
45 Förderung erhält, die sie/er benötigt. Es darf nicht sein, dass nur ein aus der Not definiertes  
46 Mindestmaß an Bildung und Erziehung möglich ist.

47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86

87 Angenommen:

88 Abgelehnt:

89 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 4</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AfA
<b>ADRESSAT</b>	SPD-Bundestagsfraktion sowie Bundesregierung
<b>BETREFF</b>	Steuerliche Absetzbarkeit von Home Office (Heimarbeit) und mobiles Arbeiten durch Anhebung der Werbungskostenpauschale von 1.000€ auf 2.000€ im Jahr.

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:  
3  
4 Aus sozialdemokratischer Sicht ist es vor dem Hintergrund steigenden Home-Office durch  
5 die Corona-Pandemie notwendig, dass Arbeitnehmer\*innen ihre Arbeitsmittel und die  
6 damit verbundenen gestiegenen Aufwendungen steuerlich absetzen können.  
7 Zwar plant die Bundesregierung Arbeitnehmer\*innen im Home-Office mit 5 Euro pro Tag  
8 und maximal 600 Euro zu unterstützen. Die Arbeitnehmer\*innen müssen die Kosten aber  
9 nachweisen und die bisherige Pauschale überschreiten. Zudem soll die  
10 Kilometerpauschale wegfallen. Arbeitnehmer\*innen müssen aber zusätzliche Strom- und  
11 Heizkosten tragen, beim Arbeitgeber entfallen diese aber durch das Home-Office der  
12 Arbeitnehmer\*innen. Die Hardware und den schnellen Internet Anschluss, so wie  
13 Ausstattung eines ergonomischen Arbeitsplatzes wird von den Arbeitnehmern getragen.  
14 Den Arbeitsplatz Zuhause steuerlich geltend zu machen, bringt da einige Hürden und  
15 Bedingungen mit sich, die es für Arbeitnehmer\*innen ohne Eigentum kaum möglich  
16 machen. Arbeitnehmer\*innen müssen deshalb die Möglichkeit bekommen, auch ihre  
17 zusätzlichen Kosten steuerlich geltend zu machen.  
18 " Die bei Home-Office anfallenden zusätzlichen Kosten sollten demnach durch eine  
19 angemessene Anhebung der Werbungskostenpauschale von bisher 1.000 Euro auf 2.000  
20 Euro ausgeglichen werden."  
21 Durch die Anhebung der Pauschale entfällt zusätzlicher bürokratischer Aufwand und  
22 Arbeitnehmer\*innen im Home-Office erhalten die nötige Finanzielle Unterstützung.

23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 5</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	SPD-UB Vorstandes Duisburg, AsF
<b>ADRESSAT</b>	SPD UB Parteitag, SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Erdogan aktiv stoppen – die Türkei muss zu Frauenrechten und Demokratie zurückkehren!

- 1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:  
3  
4 1. die Duisburger MandatsträgerInnen werden aufgefordert, in der SPD-  
5 Bundestagsfraktionen Initiative zu ergreifen, weitgehende Maßnahmen der  
6 Bundesrepublik zu entwickeln, um  
7  
8 • den türkischen Staatspräsidenten Erdogan zu veranlassen, seine frauenfeindliche  
9 und frauenunterdrückende Politik aufzugeben, und dem 2011 in Istanbul  
10 ausgehandelten und beschlossenen Abkommen „zur Verhütung und Bekämpfung  
11 von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (Istanbul-Konvention) des  
12 Europarates wieder beizutreten.  
13 • Repressionen der türkischen Staatsmacht gegen Zehntausende von  
14 freiheitsliebenden Frauen, Männern und Queerpersonen, die gegen den Austritt  
15 ihres Landes aus dem Istanbul-Abkommen friedlich demonstriert haben, zu  
16 beenden.  
17 • die Stigmatisierung von FeministInnen und FrauenrechtlerInnen als TerroristInnen  
18 anzuprangern und zu beenden.  
19 • sich offen und nachdrücklich für die Freilassung politischer Gefangener in der Türkei  
20 einzusetzen.  
21 • den italienischen Regierungschef diplomatisch zu unterstützen, der Recep Tayyip  
22 Erdoğan öffentlich einen „Diktator“ genannt hat.  
23  
24 2. die SPD Duisburg verpflichtet sich, auf allen Ebenen (UBV, UBA, Ortsvereinen)  
25 • in Dialog mit demokratischen Organisationen türkischstämmiger BürgerInnen in  
26 Duisburg zu treten, um diese in ihrem Bemühen zu unterstützen, die Türkei wieder  
27 zu einem menschlichen und demokratischen Land zu machen  
28  
29 • sich nachdrücklich mit türkeinahen religiösen wie nichtreligiösen Organisationen in  
30 Duisburg auseinanderzusetzen, die den menschenverachtenden und diktatorischen  
31 Kurs von Erdogan offen oder verdeckt unterstützen und in seinem Sinne auf  
32 Menschen in unserer Stadt einwirken.  
33  
34 3. UB Vorstand und UB Ausschuss werden beauftragt, sich mit diesem Thema  
35 regelmäßig zu beschäftigen und Berichte der Tätigkeiten der MandatsträgerInnen und  
36 Ortsvereine zu den oben genannten Maßnahmen entgegenzunehmen und politisch zu  
37 bewerten.  
38  
39  
40

**Begründung:**

41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89

## **Zum Hintergrund**

2011 verabschiedete der Europarat das „Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch „Istanbul-Konvention“ genannt. Es handelt sich dabei um einen völkerrechtlichen Vertrag, der verbindliche Rechtsnormen gegen die Gewalt an Frauen schaffen soll. Als erste europäische Nation ratifizierte die Türkei das Dokument 2012, setzte aber keine der Forderungen in nationale Gesetze um. 2021 trat die Türkei aus dem Übereinkommen aus. Präsident Recep Tayyip Erdoğan nannte dafür zunächst keine Gründe. Im Nachgang begründete die türkische Regierung den Schritt, das Abkommen werde von einer Gruppe von Menschen dazu benutzt, "um Homosexualität zu normalisieren".

In der Folge kam es zu friedlichen Massenprotesten, die zum Teil mit aller Härte der Staatsgewalt beendet wurden.

Die FeministInnen werden vom Erdogan-Regime mit Terrororganisationen in Verbindung gebracht und so kriminalisiert.

Gewalt gegen Frauen, sowie die Tötung von Frauen innerhalb der Familie, sind in der Türkei ein strukturelles Problem. Frauen werden von vielen Männern als untergeordnetes Geschlecht betrachtet. Morde von Männern an Ehefrauen, weiblichen Geliebten, Töchtern und anderen weiblichen Familienangehörigen werden ausgesprochen milde bestraft, wohingegen weibliche TäterInnen, die eine Minderheit darstellen, überaus hohe Gefängnisstrafen zu erwarten haben.

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 6</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	UB Vorstandes
<b>ADRESSAT</b>	SPD Landtagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Sozialer Klimaschutz für die Vielen: Erfolgreiches Projekt „Innovation City“ auf ganz NRW ausweiten

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD Duisburg spricht sich dafür aus, das Bottroper Modellprojekt „Innovation City“ auf  
5 ganz Nordrhein-Westfalen auszuweiten. Das Land NRW soll dafür in allen Kommunen  
6 lokale Energiewendeansätze insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung und  
7 mit quartiersbezogenen Lösungen vorantreiben und dementsprechend auch  
8 Landesfördermittel bspw. aus der Städtebauförderung zur Verfügung stellen.

9  
10 Begründung: Kommunen stehen bei Klimaschutzprojekten vor großen finanziellen und  
11 gesellschaftlichen Herausforderungen. Das Bottroper Modellprojekt der „Innovation City“  
12 wählt einen besonderen Ansatz:

13  
14 Klimaschutzkonzepte, wie energetische Sanierungen von Gebäuden, werden nicht von  
15 oben verordnet. Stattdessen soll die Bereitschaft vor Ort für klimaschützende Maßnahmen  
16 gesteigert werden, unter anderem durch finanzielle Zuschüsse an private  
17 Klimaschutzinitiativen oder direkt an die Bürger:innen für Investitionen in Solar- und  
18 moderne Heizungsanlagen.

19  
20 Dieser aktivierende Ansatz steigert die Akzeptanz für das Projekt und sorgt für eine  
21 emotionale Verbundenheit. Eine Klimawende „von unten“, die ohne soziale Verwerfungen  
22 auskommt und den Menschen vor Ort nützt, da wo sie wohnen und leben, muss das Ziel  
23 einer sozialdemokratischen Klimapolitik sein.

24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 7</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AsF Duisburg
<b>ADRESSAT</b>	AsF Bundeskonferenz, SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Keine Verjährungsfrist für sexuell motivierte Straftaten an Schutzbefohlenen

1  
2 Der SPD-Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die Verjährungsfrist von 20 Jahren bei dem Straftatbestand „§174 Sexueller Missbrauch  
5 von Schutzbefohlenen“ (StGB) ist vollständig aufzuheben.

6 Die SPD-Duisburg sieht die momentan gültige Regelung, dass die Verjährungsfrist mit  
7 dem vollendeten 30. Lebensjahr des Opfers beginnt, als unzureichend an.

8 Der strukturell geduldete und bis an höchster Stelle vertuschte hundertfache sexuelle  
9 Missbrauch von Schutzbefohlenen in kirchlichen Einrichtungen beider Konfessionen hat  
10 gezeigt, dass die Verjährungsfrist der Schwere der Taten nicht angemessen ist. Ein  
11 Großteil der Taten ist verjährt und die Täter bleiben deshalb straffrei.

12  
13 **Begründung:**

14  
15 Jede\*r siebte bis achte Erwachsene hat in seiner Kindheit oder Jugend sexuelle Gewalt  
16 erlitten.

17 Diese Straftaten werden zu 25% im engsten Familienkreis und zu 50% im weiteren  
18 Familien- oder Bekanntenkreis begangen.

19  
20 Die Täter sind bis zu 90% männlichen Geschlechts, die Opfer zu 75% weiblichen und zu  
21 25% männlichen Geschlechts.

22  
23 Die durch diesen Missbrauch erlittenen Traumata sind so schwerwiegend, dass eine  
24 Anzeige des Täters häufig erst nach Jahren erfolgt. Nach Jahren der Verdrängung erinnern  
25 sich viele Opfer überhaupt erst an den Missbrauch, der über viele Jahre und Jahrzehnte  
26 die Ursache für ihre Depression, Angststörungen usw. war.

27 Es fällt ihnen meist auch nach Jahren versuchter Aufarbeitung und Therapie nicht leicht,  
28 ein normales Leben zu führen.

29  
30 Wir vergleichen die Schwere der Tat mit dem Straftatbestand des Mordes und Mord  
31 verjährt nie.

32  
33 Datenmaterial entnommen aus: Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen  
34 Kindesmissbrauchs, Fakten und Zahlen zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen,  
35 Stand Januar 2020

36  
37  
38 Angenommen:  
39 Abgelehnt:  
40 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 8</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AsF Duisburg
<b>ADRESSAT</b>	AsF Bundeskonferenz
<b>BETREFF</b>	Femizide ächten und Gewalt gegen Frauen bekämpfen!

1 Der SPD-Parteitag möge beschließen:

2  
3 2018 ratifizierte die Bundesrepublik die Konvention des Europarates „Übereinkommen zur  
4 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“. Damit hat  
5 sich Deutschland dem völkerrechtlich bindenden Vertrag, auch „Istanbul-Konvention“  
6 genannt, angeschlossen und sich verpflichtet, dessen Inhalte in nationales Recht  
7 umzusetzen.

8  
9 1. Wir fordern, dass Femizide, Morde an Frauen, als Femizide öffentlich bezeichnet und  
10 geächtet werden. Wir verstehen unter Femizid den Mord an Frauen, weil sie Frauen  
11 sind. Konkret: Mord an einer Frau infolge Gewalt in der Partnerschaft, das Töten von  
12 Frauen und Mädchen im Namen der „Ehre“, das gezielte Töten von Frauen und  
13 Mädchen in bewaffneten Konflikten sowie in Verbindung mit Banden- oder organisierter  
14 Kriminalität, Drogen- sowie Frauen- und Mädchenhandel, der Mord an Frauen zur  
15 Erlangung einer Mitgift oder Erbschaft, die gezielte Abtreibung von weiblichen Föten  
16 und der Mord an Frauen und Mädchen, der aus Hass an Frauen begangen wurde.

17  
18 2. Wir fordern eine gesonderte kriminalstatistische Auswertung zur Gewalt gegen Frauen  
19 durch das Bundesamtkriminalamt. Die derzeitige statistische Erhebung unter den  
20 Namen „Partnerschaftsgewalt“ halten wir für unzureichend, weil wir den Titel  
21 angesichts der dort aufgeführten überwiegend frauenbezogenen Straftaten wie  
22 Zwangsprostitution, Zuhälterei oder Vergewaltigung als verharmlosend empfinden.

23  
24 3. Wir fordern bundesweit Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die sich um Aufklärung  
25 frauenbezogener Straftaten und Femizide bemühen.

26  
27 4. Momenten werden Tötungen in einer Partnerschaft aus sich heraus als Totschlag  
28 gewertet, weil Beziehungstaten der „niedere Beweggrund“ eines Mordes  
29 abgesprochen wird.

30  
31 Wir fordern, dass bei Beziehungstaten, bei denen zum allergrößten Teil Frauen die Opfer  
32 sind, keine mildernden Umstände allein aus dem Umstand der Partnerschaft heraus  
33 abgeleitet werden können.

## 34 **Begründung:**

35  
36 Hintergrund zur Information:

37 Die oben genannte Definition wurde vom „Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen“  
38 (European Institute for Gender Equality) formuliert. Der Femizid ist eine von privaten und  
39 öffentlichen Akteuren begangene oder tolerierte Tötung von Frauen und Mädchen wegen  
40 ihres Geschlechts.  
41

42 1992 erschienen in den USA mehrere wissenschaftliche Publikationen der Forscherinnen  
43 Jill Radford, Diana Russel und Karen Stout, die erstens den Begriff des Femizides in  
44 Politik, Gesellschaft und Geschichtsschreibung einführten und in der Folge auch  
45 durchsetzten. Die Bücher wirkten bahnbrechend für die in den letzten 30 Jahren weltweit  
46 geführten Debatten.

47  
48 In der Folge der gesellschaftspolitischen Diskussionen wurde 1993 die „Erklärung über die  
49 Beseitigung der Gewalt gegen Frauen“ als Resolution der Generalversammlung der  
50 Vereinten Nationen verabschiedet, die als Erweiterung der 1979 verabschiedeten „UN-  
51 Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ zu verstehen ist. In  
52 dem Übereinkommen aus den 1970er Jahren war der gezielte Mord an Frauen nicht weit  
53 genug hervorgehoben worden.

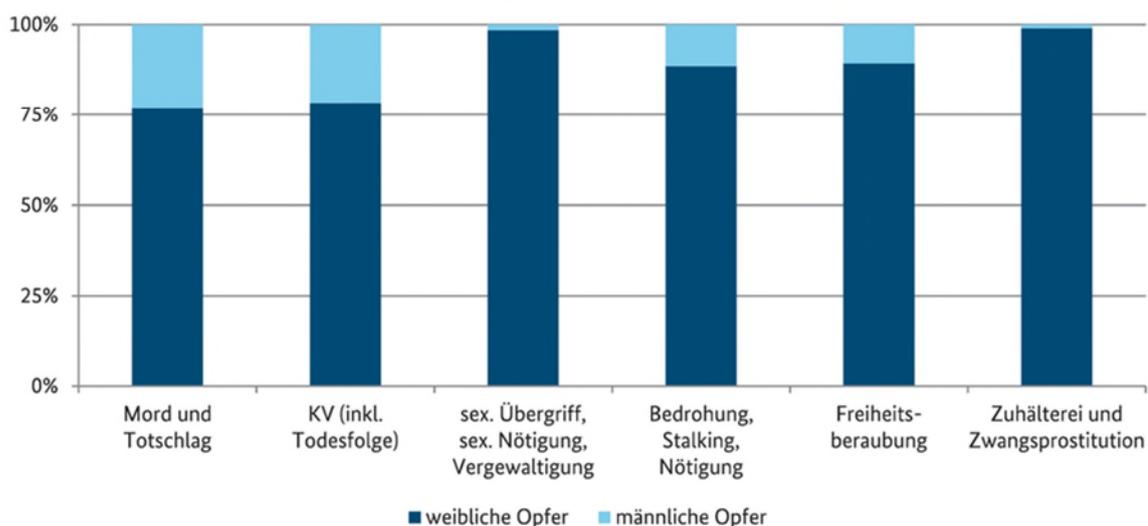
54 1994 wurde zudem das Amt der/ des UN-Sonderberichtern zu Gewalt gegen Frauen  
55 eingeführt.

56  
57 In den 2000er Jahren wurde der Begriff „femicidio“ von Frauenrechtlerinnen aus  
58 Lateinamerika aufgegriffen, um Gewalt gegen Frauen hinzuweisen. Die Gewalt und der  
59 Mord an Frauen ist in den südamerikanischen Ländern als strukturell anzusehen und wird  
60 dort als Staatsversagen angeprangert. Auf Druck dieser Länder wird von „femicide watch“,  
61 einer von der ehemaligen UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen Rashida  
62 Manjoo ins Leben gerufenen Menschenrechtsorganisation, gefordert, am 25. November  
63 statistische Berichte zur Femiziden und deren Verfolgung vorzulegen. Der 25. November  
64 ist der internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen.

65  
66 2011 verabschiedete der Europarat das „Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung  
67 von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, auch „Istanbul-Konvention“ genannt.  
68 Es handelt sich dabei um einen völkerrechtlichen Vertrag, der verbindliche Rechtsnormen  
69 gegen die Gewalt an Frauen schaffen soll.

70

### Prozentuale Anteile weiblicher und männlicher Opfer partnerschaftlicher Gewalt nach Straftaten (-gruppen) (2019)



71  
72 Angenommen:  
73 Abgelehnt:  
74 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 9</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	UBV
<b>ADRESSAT</b>	Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Duisburg sozial, ökologisch und fortschrittlich gestalten!

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die Ratsfraktion wird gebeten,  
5 um die Zahl der Bäume sowie der Grün- und Waldflächen in Duisburg weiterhin zu  
6 erhöhen,

- 7  
8 • ein „Baumschutzkonzept“ zu beschließen, das den Umgang mit zu schützenden  
9 Bäumen und Sträuchern auf öffentlichen und privaten Grundstücken in unserer Stadt  
10 regeln soll,  
11 • kontinuierlich Straßenbäume neu zu pflanzen,  
12 • Waldkonzepte zur Aufforstung zu erstellen,  
13 • und die Forstverwaltung zu stärken,

14  
15 und um die Verkehrswende in Duisburg voranzubringen,

- 16  
17 • die Verkehrssicherheit im Radverkehr zu erhöhen,  
18 • die Ampelschaltungen radverkehrs- und fußgängerfreundlicher zu gestalten,  
19 • Hauptradwege Nord-Süd und West-Ost einzurichten,  
20 • ein duisburgweites Radstraßennetz einzuführen,  
21 • den Fußgängerverkehr zu fördern (Querungsmöglichkeiten verbessern und  
22 Barrierefreiheit konsequent ausbauen),  
23 • und den öffentlichen Personenverkehr zu verbessern und auszubauen (Ausbau des  
24 MyBus-Konzepts).

25  
26 **Begründung:**

27  
28 Wir als Duisburger SPD stehen für einen Klimaschutz, der sozial ausgewogen ist. Für  
29 einen Klimaschutz, der nicht Verzicht bedeutet, sondern neue Lebensqualität. Mit mehr  
30 öffentlichem Grün, von dem alle Duisburgerinnen und Duisburger profitieren. Mit einer  
31 verbesserten Verkehrsinfrastruktur, die Duisburg für die Radfahrerinnen und Radfahrer  
32 sowie für die Fußgängerinnen und Fußgänger lebenswerter macht.

33 Wir wissen, dass jeder Baum und Strauch einen Beitrag für den Klimaschutz leistet und  
34 die Lebensqualität vor Ort verbessert und dass ein erhöhter Baumbestand das klimaaktive  
35 Kohlendioxid aus der Luft bindet. Deswegen haben wir in Duisburg in den letzten Jahren  
36 den Bestand an städtischen Straßenbäumen um rund 2.600 Bäume erhöht und rund 92  
37 Fußballfelder mehr Waldfläche als 1990. Der Anteil der Grünfläche an der Stadt ist in  
38 Duisburg mit 56,8 % größer als etwa in Leipzig (42,4 %) oder in München (49,9 %). Wir  
39 wollen uns damit nicht zufriedengeben, sondern mit verschiedenen Maßnahmen unsere  
40 Grün- und Waldflächen nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen.

41 Um die Verkehrswende voranzutreiben, muss der Umstieg auf umweltfreundlichere  
42 Verkehrsmittel für die Duisburgerinnen und Duisburger attraktiver gemacht werden. Nicht  
43 nur in Duisburg, sondern in fast allen Städten Deutschlands war die kommunale  
44 Verkehrsplanung lange Zeit einseitig auf das Automobil ausgerichtet. Das wollen wir  
45 ändern. Bei der zukünftigen kommunalen Verkehrsplanung wird als wichtiges Kriterium auf  
46 die Bedürfnisse der Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger  
47 geachtet.

48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88

89 Angenommen:  
90 Abgelehnt:  
91 Überwiesen an:



UB Parteitag  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 10</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AG 60plus
<b>ADRESSAT</b>	SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesvorstand
<b>BETREFF</b>	Stärkung der gesetzlichen Rente

- 1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:  
3  
4 Im Zukunftsprogramm der Bundes SPD wird richtigerweise festgestellt:  
5 „Wir wollen die gesetzliche Rente stärken...“  
6 Gleichzeitig wird aber ausgeführt, dass es auch eine Förderung von privat  
7 abgeschlossener Altersvorsorge geben soll.  
8  
9 Bereits im Renten Antrag aus 2018 hatte der UB Parteitag Duisburg beschlossen, „keine  
10 weitere steuerliche Förderung von privater oder betrieblicher kapitalgedeckter  
11 Altersvorsorge“ (Bestehende Verträge sollten Vertrauensschutz erhalten).  
12 Der UB Parteitag bekräftigt seine damalige Entscheidung.  
13 Alle zur Verfügung stehenden Fördermittel müssen in die gesetzliche Rente fließen um  
14 das gemeinsame Ziel, Stärkung der gesetzlichen Rente, auch tatsächlich zu erreichen.  
15  
16 **Begründung:**  
17 Eine private Altersvorsorge erfüllt nicht die Ziele einer solidarischen gesetzlichen Rente.  
18 Wer sich zusätzlich privat versichern will, kann das tun, aber ohne mit besonderer  
19 Förderung der Solidargemeinschaft rechnen zu können.  
20 Die Erfahrungen mit der Riesterrente sind nicht zufriedenstellend. Kapitalgedeckte  
21 Vorsorgemodelle unterliegen den Risiken des Kapitalmarktes.  
22 Die gesetzliche Rente hat sich seit über 100 Jahren bewährt. Sie ist kostengünstig,  
23 zuverlässig und solidarisch.  
24 Sie zu erhalten und auszubauen muss unser Ziel sein.  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37 Angenommen:  
38 Abgelehnt:  
39 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 11</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	SPD Rumeln-Kaldenhausen, OV Beeck/Bruckhausen Rheinhausen-Mitte
<b>ADRESSAT</b>	UBV, UBA, SPD-Geschäftsstelle Duisburg
<b>BETREFF</b>	Digitalisierung der Anschreiben

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Wir fordern die weitere Digitalisierung der Dienstleistungen für die Ortsvereine, indem es  
5 den Berechtigten eines jeden Ortsvereines möglich ist, zentral Briefe an **seine**  
6 Mitgliedschaft zu richten. Dies soll nicht nur per E-Mail möglich sein, sondern auch direkt  
7 zu Briefsendungen führen, falls bei einem Adressaten keine E-Mail hinterlegt ist.

8  
9  
10 **Begründung:**  
11 Die derzeitige Krise führt uns vor Augen, dass wir nur sehr schwer handlungsfähig sind  
12 was die übliche Parteiarbeit angeht. Der früher so selbstverständliche persönliche Kontakt  
13 ist unterbrochen und viele Absprachen benötigen viele Anrufe oder E-Mails bis zu einem  
14 erfolgreichen Ergebnis.

15 So ist es nicht ohne weiteres möglich, die eigene Mitgliedschaft eines Ortsvereines zu  
16 erreichen, ohne dass dafür erhebliche Ressourcen in der Geschäftsstelle gebunden  
17 werden.

18 Daher soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass ohne eine potentielle Fehlerquelle  
19 durch Weiterleitungen an Dritte, diejenigen des Berechtigtenkreises aus jedem  
20 Ortsvereines direkt konsolidierte Postsendungen verschicken können.

21 Zudem können sich so sogar die Gesamtkosten für die Ortsvereine erheblich verringern.  
22 Beispielphaft sei hier die Lösung der Deutschen Post genannt:

23  
24 <https://www.deutschepost.de/de/e/epost/geschaeftskunden/epost-business-box.html>

25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35 Angenommen:  
36 Abgelehnt:  
37 Überwiesen an:



UB Parteitag  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 12</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	AsF Duisburg
<b>ADRESSAT</b>	SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Abschaffung §218 und §219a

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Wir wollen, dass die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen  
5 Anerkennung findet, daher gehört der §218 (StGB) bei Schwangerschaftskonflikten nicht  
6 ins Strafrecht und in diesem Zusammenhang muss auch der §219a (StGB) in seiner  
7 jetzigen Form abgeschafft werden, da es jeder Frau zusteht, vollumfänglich und  
8 uneingeschränkte Informationen vom Arzt\*in über die möglichen Verfahren eines  
9 Schwangerschaftsabbruchs zu erhalten.

10

11

12

13 **Begründung:**

14

15 Am 15. Mai 1871 wurden die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch im ersten  
16 Reichsstrafgesetzbuch verabschiedet. 150 Jahre später begehen wir ein bitteres Jubiläum:  
17 noch heute sind Schwangerschaftsabbrüche nach §218 (StGB) eine Straftat.

18

19 Dies kann nicht länger hingenommen werden.

20 Keine ungewollt schwangere Frau macht es sich einfach in ihrer Entscheidung für einen  
21 Schwangerschaftsabbruch.

22 Darum muss der Druck von ihr genommen werden, da sie zusätzlich noch unter diesen  
23 Umständen kriminalisiert wird.

24 Weiterhin steht ihr eine ausreichende umfängliche Information von Leistungen durch  
25 Gynäkologen\*innen zu.

26

27 Werfen wir einen Blick nach Kanada, dort wurde vor Jahrzehnten schon der  
28 Schwangerschaftsabbruch vollständig entkriminalisiert.

29 Genau dies wollen wir hierzulande auch durchsetzen.

30

31

32

33

34

35

36

37

38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 13</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Neudorf
<b>ADRESSAT</b>	SPD Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Fahrradreparaturstationen fördern

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die Duisburger SPD setzt sich für folgende Punkte in Stadt und Land ein:

5  
6 1. Einrichtung von Fahrradreparaturstationen an verkehrsgünstigen Punkten.

7  
8 2. Einrichtung von Automaten mit Fahrradschläuchen sowie weiterem  
9 Zubehör für Reparaturmaßnahmen.

10  
11 3. Die SPD-Landtagsfraktion stellt ein Förderprogramm auf.

12

13 **Begründung:**

14 Das Fahrrad ist ein umweltfreundliches Fortbewegungsmittel für Reich und Arm. Durch den Einsatz  
15 der SPD im Ruhrgebiet ist ein einzigartiges Verkehrsnetz entstanden und wird weiter ausgebaut.  
16 Ob Landschaftspark, Tiger&Turtle oder Rheinpark, wir haben diese Region nach vorne gebracht.  
17 Um die Verkehrswende weiter voranzutreiben und die Attraktivität insgesamt zu erhöhen, ist es  
18 wichtig, dass Reparaturen am Fahrrad vor Ort durchgeführt werden können. Eine  
19 Fahrradreparaturstation kann dazu einen Beitrag leisten.

20 Im Gespräch mit dem Allgemeinen-Deutschen-Fahrrad-Club ADFC, kamen für Duisburg folgende  
21 Orte heraus, die priorisiert werden sollten:

22

23 Rheinpark (IGA-Standort, etwa am „Ziegenpeter“)

- 24 - Botanische Gärten  
25 - Landschaftspark Nord  
26 - Außenstellen der VHS  
27 - Bahnhöfe (Hauptbahnhof, Meiderich, Ruhrort, Friemersheim, auch U-Bahnstationen,)  
28 - Standorte von Fahrradausleihstationen  
29 - Jugendzentren (z.B. Blaues Haus in Hochfeld)  
30 - Tankstellen  
31 - Ruhrtalradweg  
32 - Grüner Pfad

33

34

35

36

37



- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 14</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Förderung und Errichtung von Schaukästen

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die Ratsfraktion setzt sich so schnell es geht für die Errichtung von Kunstkästen ein, in  
5 denen Künstler: innen ihre Werke möglichst kostenlos ausstellen können. Diese sollen auf  
6 dem ganzen Stadtgebiet errichtet werden.

7  
8 **Begründung:**

9  
10 Die Corona Pandemie hat diese Branche besonders hart getroffen. Ateliers Ausstellungen  
11 sowie Museen sind seit einiger Zeit geschlossen. Dadurch stehen tausende Existenzen  
12 auf dem Spiel. Die SPD steht an ihrer Seite unterstützt sie wo sie auch nur kann. Durch  
13 Errichtung solcher Kunstkästen wird Künstler: innen eine Möglichkeit gegeben, ihre Werke  
14 trotz Pandemie der Öffentlichkeit zu Präsentieren. Weiterhin sorgt dies auch zu einer  
15 Aufwertung der Plätze und lädt zum Verweilen ein.

16  
17



18  
19  
20  
21  
22  
23  
24

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 15</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Landtagsfraktion, SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Mehrzwecknutzung von Lärmschutzwänden

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD sowie ihre Abgeordneten, setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass  
5 Lärmschutzwände an Autobahnen und Bahngleisen bei Neubau oder Instandsetzung  
6 begrünt werden oder mit CO<sub>2</sub>-absorbierender Farbe bemalt werden.  
7

8 **Begründung:**

9  
10 Lärmschutz an Autobahnen, Straßen und Bahngleisen spielt eine immer bedeutendere  
11 Rolle bei der Verkehrsplanung und beim Straßenbau. Diese Flächen können für weit mehr  
12 als den Lärmschutz verwendet werden. Die Begrünung dieser Flächen würde mehrere  
13 Punkte miteinander verbinden. Dazu gehört nicht nur Umweltschutz, sondern sorgt je  
14 nachdem wie die Begrünung erfolgt, auch für den Schutz vor Vandalismus und eine  
15 schönere Umgebung.  
16 Alternativ könnten die riesigen Flächen mit CO<sub>2</sub>-absorbierender Farbe bemalt werden, um  
17 direkt die ausgestoßenen Abgase aufnehmen zu können, so dass diese drastisch reduziert  
18 werden.  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

37 Angenommen:  
38 Abgelehnt:  
39 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 16</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Bundesparteitag
<b>BETREFF</b>	Schlachtungen konsequenter überwachen und tierschutzgerechter durchführen

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:  
3  
4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass in deutschen Schlachtbetrieben mehr Kontrollen durch  
5 Amtstierärzt\*innen durchgeführt werden. Dafür sollen deutlich mehr Stellen für  
6 Amtstierärzt\*innen und die dafür notwendigen Studienplätze geschaffen werden.

7  
8 Zusätzlich sollen tierschutzgerechte Betäubungsmethoden in allen Schlachtbetrieben  
9 gewährleistet werden. Eine sichere und durchgängige Videoüberwachung an der Stelle,  
10 wo die Tiere betäubt und geschlachtet werden, soll eingerichtet werden, um dies zu  
11 überprüfen.

12  
13 **Begründung:**

14  
15 Vor kurzem wurden in einem Schlachtbetrieb in Selm, Aufnahmen veröffentlicht, bei denen  
16 mehr als 100 Tiere illegal geschächtet wurden. Bei vollem Bewusstsein und ohne  
17 Betäubung wurde den Tieren dabei die Kehle durchgeschnitten und ausgeblutet. Dazu  
18 wurden die Tiere an ihren Hinterbeinen aufgehängt. Die Tiere mussten demnach qualvoll  
19 sterben.

20  
21 Um Vorfälle wie in Selm zu verhindern, sollen regelmäßiger und strengere Kontrollen von  
22 Amtstierärzt\*innen durchgeführt werden, die bei Verstößen mit hohen Strafen verbunden  
23 sind. Die Videoüberwachung soll dazu dienen, dass es den Schlachtbetrieben zu keinem  
24 Zeitpunkt möglich gemacht wird, nachlässig zu sein und eine artgerechte Schlachtung zu  
25 verhindern.

26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37 Angenommen:  
38 Abgelehnt:  
39 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 17</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Wanheimerort
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Weitere Renaturierung des Dickelsbachs auf den Weg bringen, im Vorfeld der IGA 2027

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Im Vorfeld der IGA 2027 soll die weitere Renaturierung des Dickelsbachs auf den Weg  
5 gebracht werden. Die bereits geplante Renaturierung im Bereich zwischen der  
6 Wacholderstraße und der Straße Im Schlenk soll zügig angegangen werden. Dort ist  
7 geplant, den bisherigen Verlauf, auf Höhe der Kleingartenanlage Heimaterde und des  
8 Schützenhauses, durch Mäander zu ergänzen. Das begrüßen wir. Zu begrüßen ist  
9 ebenfalls, die, im Siegerentwurf der IGA zur Gestaltung des Kultushafens, geplante,  
10 Sichtbarmachung der Einmündung des Dickelsbachs dort. In diesem Zusammenhang  
11 setzen wir uns für die Sichtbarmachung und, wo möglich, Öffnung auch der bisher  
12 verrohrten Teilstücke des Bachverlaufs ein. Insbesondere der Abschnitt zwischen der  
13 Düsseldorfer Straße und dem Kultushafen, der parallel zur Kulturstraße verläuft, soll  
14 nachvollzogen werden. Eine fußläufige Erreichbarkeit ist hier wünschenswert.

15 **Begründung:**

16 Die bereits vor vielen Jahren erfolgte Renaturierung des Dickelsbachs im Bereich der  
17 Rehwiesen ist beispielhaft. Auch die aktuell fertiggestellte Umgestaltung südlich hiervon  
18 verspricht eine hohe ökologische und nachhaltige Aufwertung des Bachs, der seit nunmehr  
19 vielen Monaten wieder ständig Wasser führt. Durch die Mäander im Bachverlauf kann die  
20 aufzunehmende Wassermenge erhöht und gleichzeitig die Fließgeschwindigkeit verringert  
21 werden. Dies ist eine zukunftsweisende Gestaltung die auch im Zusammenhang mit  
22 häufigeren Starkregenereignisse sinnvoll ist. Nicht zuletzt sind die Maßnahmen ein  
23 wichtiger Beitrag zur Artenvielfalt. Sie erhöhen die Erfahrbarkeit eines Stadtgewässers und  
24 somit die Lebensqualität.

25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 18</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Wanheimerort
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Bundestagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4 Die Duisburger SPD spricht sich dafür aus, dass die Mehrwertsteuer auf Bahntickets  
5 abgeschafft wird.  
6

7  
8 **Begründung:**  
9  
10 Bahnfahrten verursachen pro Kopf und Kilometer verhältnismäßig wenig Treibhausgase.  
11 Trotzdem sind Bahntickets vor allem im Fernverkehr noch relativ teuer. Dies führt häufig  
12 zur absurden Situation, dass es günstiger ist mit dem Flugzeug zu fliegen, oder mit dem  
13 Auto zu fahren.  
14

15 Als im Januar 2020 die Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent gesenkt wurde, konnte die  
16 Bahn eine Steigerung von einer Millionen Fahrgäste gegenüber dem Vorjahreszeitraum  
17 verbuchen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass eine weitere Reduzierung dazu  
18 führt, dass sich noch mehr Menschen für die Bahn als emissionsarmes Verkehrsmittel  
19 entscheiden.  
20

21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35 Angenommen:  
36 Abgelehnt:  
37 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 19</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Mittagessen für BuT-Berechtigte komplett gebührenfrei stellen

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, die Gebühren für das  
5 Mittagessen im Offenen Ganztage an Schulen im Bereich der BuT-Berechtigten komplett  
6 gebührenfrei zu machen (Streichung des „letzten Euros“).

7  
8 **Begründung:**

9  
10 Die SPD Duisburg strebt an, im Rahmen des Offenen Ganztages eine Verbesserung der  
11 Versorgung beim Mittagessen zu erzielen. Dazu gehört auch, eine gerechtere  
12 Kostenverteilung zu erreichen. Für Familien, die antragsberechtigt für das Bildung-und-  
13 Teilhabe-Paket sind, bleibt bisher eine Mindestbeteiligung am Mittagessen von einem Euro  
14 pro Tag bestehen. Dies berücksichtigt leider nicht, dass gerade für diese Familien jeder  
15 Euro zählt. Es sollte sich in unserer Stadt keine Familie gegen den Offenen Ganztage  
16 entscheiden müssen, weil das Kind am Mittagessen nicht teilnehmen kann. Dieses leistet  
17 über den Versorgungsaspekt hinaus einen Beitrag zu einem gesunden  
18 Ernährungsverhalten und stärkt die Sozialkompetenz des Kindes. Die damit  
19 einhergehende Benachteiligung dieser Familien zu beseitigen, muss ein Anliegen unserer  
20 politischen Arbeit sein. Die Angebote des Offenen Ganztages müssen jedem Kind,  
21 unabhängig von der Finanzkraft seiner Eltern, zur Verfügung stehen.

22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 20</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Ratsfraktion
<b>BETREFF</b>	Einführung einer Infotafel in der Innenstadt

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD Duisburg soll sich aktiv dafür einbringen, zwei digitale Informationstafeln in der  
5 Innenstadt zu errichten, um alle Bürger\*innen und Besucher\*innen über alle Neuigkeiten  
6 und die aktuell geltenden Corona-Regelungen zu informieren. Die Orte sollen einmal auf  
7 der Bahnhofsplatte sein, zum Haupteingang des HBf und einmal auf der  
8 Königstraße/König-Heinrich-Platz.

9 Die Informationen sollen in den meistgesprochenen Sprachen der Duisburger  
10 Bewohner\*innen formuliert sein (Deutsch, Englisch, Türkisch, Bulgarisch, Rumänisch,  
11 Chinesisch etc.)

12  
13 **Begründung:**

14  
15 Viele Bürger\*innen in der Innenstadt haben nicht die Möglichkeit oder nehmen sich nicht  
16 die Zeit, um aktuelle Nachrichten abzurufen und sich über die Corona-Lage sowie deren  
17 Gegenmaßnahmen zu informieren. Um diesem entgegenzuwirken, fordern wir die  
18 Errichtung einer großen Infotafel, wie in den Abbildungen 1 und 2 zu sehen ist. Diese soll  
19 auch noch nach Corona informieren und kann dazu dienen, Duisburger  
20 Sehenswürdigkeiten abzubilden und Eigenwerbung für die Stadt zu machen sowie  
21 interessante Fakten für Bürger\*innen und vor allem Tourist\*innen zu vermitteln.



24  
25  
26 **Abbildung 1 (kurzfristige Lösung)**



27  
28 **Abbildung 2 (langfristige Lösung)**

29  
30 Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 21</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	Jusos
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD Bundesparteitag
<b>BETREFF</b>	Blutspende für alle ermöglichen

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD Duisburg setzt sich dafür ein, dass die Behörden von Bund, Land und Kommune  
5 dafür Sorge tragen, dass alle (öffentlichen und privaten) Einrichtungen und Träger die  
6 Diskriminierung bei der Blutspende aufgrund der sexuellen Orientierung konsequent  
7 unterbinden und bekämpfen. Dies umfasst schon die Unterlassung einer Abfrage im  
8 Rahmen eines Aufklärungsbogens sowie erst recht die Befragung des/der Spender\*in. Im  
9 Rahmen der Blutspende wird damit die vollständige Diskriminierungsfreiheit aufgrund der  
10 sexuellen Orientierung gewährleistet.

11  
12 **Begründung:**

13  
14 Gerade die Corona-Krise hat erneut gezeigt, wie dringend Blutkonserven benötigt werden.  
15 Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wird es dabei unmöglich gemacht,  
16 Blut zu spenden, da sie erst Blutspenden dürfen, wenn sie zwölf Monate keinen  
17 Geschlechtsverkehr hatten. Begründet wird dies damit, dass sie einer Gruppe angehören,  
18 die ein höheres Risiko hat, an HIV zu erkranken.  
19 Diese Begründung ist nicht mehr zeitgemäß. Erstens werden alle Blutspender\*innen auf  
20 das HI-Virus getestet, bevor ihr Blut eingesetzt wird und zweitens können heterosexuelle  
21 Menschen ebenfalls HIV bei häufig wechselnden Geschlechtspartner\*innen bekommen.  
22 Daher sollte dieses Verbot endlich aufgehoben werden, damit alle Menschen ungeachtet  
23 ihrer sexuellen Orientierung, die Möglichkeit bekommen, Blut zu spenden.

24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36 Angenommen:  
37 Abgelehnt:  
38 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 23</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Ratsfraktion Duisburg
<b>BETREFF</b>	Elternbeiträge in Duisburger Kindertageseinrichtungen sozialer gestalten

- 1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4 Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, die Tabelle zur Erhebung von  
5 Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen wie folgt anzupassen:  
6  
7 · Die unteren Beitragsstufen (bis einschließlich „bis 25.000 €“) werden beitragsfrei  
8 gestellt.  
9 · Oberhalb von der bisherigen Obergrenze von „über 75.000€“ werden weitere  
10 Beitragsstufen bis hin zu „über 200.000€“ hinzugefügt.

11  
12 **Begründung:**

13  
14 Leider ist es der Stadt, aus finanziellen Gründen nicht möglich, die Kindergartengebühren  
15 eigenständig komplett abzuschaffen. Dies muss auf Landesebene natürlich weiterhin  
16 unser Ziel sein. Allerdings ist es, unserer Meinung nach, wichtig, die Eltern in Duisburg  
17 zumindest teilweise zu entlasten und die Beitragstabelle wesentlich sozialer zu gestalten.  
18 Getreu unseres sozialdemokratischen Mottos: Starke Schultern müssen mehr tragen als  
19 schwache. Daher sollten wir finanzielle Spielräume dazu nutzen hier einen Schwerpunkt  
20 zu setzen und unser sozialdemokratisches Profil deutlich zu schärfen.

21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36 Angenommen:  
37 Abgelehnt:  
38 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 24</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Ratsfraktion Duisburg
<b>BETREFF</b>	Offenen Ganztage ausbauen und Gebühren abschaffen - Chancengleichheit herstellen

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten,

- 5  
6 1. sich dafür einzusetzen, die Gebühren für den Offenen Ganztage in Duisburg bis 2025  
7 schrittweise abzuschaffen.  
8 2. sich dafür einzusetzen, den Offenen Ganztage bedarfsdeckend (ca. 80%)  
9 auszubauen. Bis 2025 soll eine Quote von 50 bis 65 % erreicht werden.

10  
11 **Begründung:**

12  
13 Die bildungspolitischen Herausforderungen in Duisburg sind enorm. Wir dürfen kein Kind  
14 zurücklassen. Die Angebote des Offenen Ganztags leisten hinsichtlich dieses Ziels einen  
15 sehr großen und wichtigen Beitrag. Es ist sinnvoll, dass so viele Kinder wie möglich den  
16 Offenen Ganztage besuchen. Um die bestehenden finanziellen Hürden zu beseitigen, ist  
17 die schrittweise Abschaffung der Gebühren bis 2025 ein zentraler Baustein. Um so vielen  
18 Kindern wie möglich den Besuch des Offenen Ganztags zu ermöglichen, ist darüber hinaus  
19 der bedarfsdeckende (80%) Ausbau der zur Verfügung stehenden Plätze unabdingbar.  
20 Momentan liegt die Quote bei ca. 36%. Nur über einen konsequenten Ausbau lässt sich  
21 auch ein möglicher Rechtsanspruch durchsetzen. Um dies rechtzeitig schaffen zu können,  
22 bedarf es bereits jetzt entsprechender politischer Beschlüsse und der schnellstmöglichen  
23 Umsetzung des Ausbaus. Der Ausbau darf natürlich nicht auf Kosten der Qualität des  
24 Offenen Ganztags gehen. Quantität geht hier nicht vor Qualität.

25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 25</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Ratsfraktion Duisburg
<b>BETREFF</b>	Sicherheit erhöhen - Anzahl der Mitarbeiter des Sonderaußendienstes verdoppeln

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4 Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, die Anzahl der  
5 Ordnungsamtskräfte für den Sonderaußendienst zu verdoppeln.  
6

7  
8 **Begründung:**

9  
10 Die letzten Jahre und insbesondere das letzte Jahr haben gezeigt, dass wir einen großen  
11 Bedarf an zusätzlichen Ordnungsamtskräften haben. Sei es um das Sicherheitsgefühl der  
12 Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen oder um wichtige Verordnungen (Corona-Schutz)  
13 wirksam durchzusetzen  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33

34  
35 Angenommen:  
36 Abgelehnt:  
37 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 26</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Ratsfraktion Duisburg
<b>BETREFF</b>	Bedarfsgerechtes Streetwork in Duisburg

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4 Die SPD-Ratsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, das Streetwork in Duisburg  
5 bedarfsgerecht auszubauen.  
6

7 **Begründung:**

8  
9 Duisburg ist eine Stadt mit vielen sozialen Herausforderungen, die sich in den  
10 vergangenen Jahren noch verstärkt haben. Daher ist es notwendig, dass Streetwork in  
11 ganz Duisburg bedarfsgerecht auszubauen, um insbesondere auch Jugendlichen  
12 Hilfestellung geben zu können, sofern erforderlich.  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

36 Angenommen:  
37 Abgelehnt:  
38 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 27</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Walsum
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Landtagsfraktion
<b>BETREFF</b>	Wettbüros und Wettannahmestellen reduzieren - Jugendschutz erhöhen

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3  
4 Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass Wettbüros und  
5 Wettannahmestellen in Bezug auf die Maßnahmen zum Jugendschutz den gleichen  
6 gesetzlichen Regelungen unterworfen werden wie Spielhallen.

7  
8  
9 **Begründung:**

10  
11 Derzeit beobachten wir in vielen Duisburger Stadtteilen, dass sich in leerstehenden  
12 Ladenlokalen umgehend Wettbüros ansiedeln. Dies wird kaum mehr als bedarfsdeckend  
13 bezeichnet werden können. Darüber hinaus geht mit der Ansiedlung derartiger  
14 Gewerbestätten ein „downgrading“ der umliegenden Flächen einher. Diese Abwertung von  
15 Flächen entsteht auch infolge der Anwesenheit eines bestimmten Personenkreises und  
16 der häufig damit verbundenen Kriminalität, Lautstärke und Verschmutzung. Außerdem  
17 werden Wettbüros und Wettannahmestellen häufig zur Geldwäsche genutzt, was eine  
18 gewisse Klientel anzieht.

19  
20 Wichtigster Aspekt bei unserer Forderung ist allerdings der Jugendschutz. Hier bedarf es  
21 einer Gleichstellung von Wettbüros und Wettannahmestellen mit den wesentlich strikteren  
22 Vorgaben bei Spielhallen, wie beispielsweise der Abstand untereinander aber auch zu  
23 Schulen und Jugendzentren.

24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37 Angenommen:  
38 Abgelehnt:  
39 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>A 28</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Rheinhausen-Mitte
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag, SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag
<b>BETREFF</b>	Reguläre Einwanderung nach Deutschland und in die EU

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4  
5 Im Blick auf den zunehmenden Mangel an Fachkräften u.a. im Pflegebereich sind für  
6 qualifizierte und zu qualifizierende Flüchtlinge vermehrte und erleichterte Möglichkeiten zu  
7 schaffen, regulär nach Deutschland und in die EU einzuwandern.  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

35 Angenommen:  
36 Abgelehnt:  
37 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>R 1</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Wanheimerort
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag
<b>BETREFF</b>	Wir wollen Vorreiter bei der Aufarbeitung und der Erinnerungskultur von Völkermorden sein

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 Deutschland war im 20. Jahrhundert an mehreren schrecklichen Völkermorden beteiligt.  
5 Diese Morde haben unzähligen Menschen ihr Leben gekostet und ihre Aufarbeitung ist  
6 noch lange nicht abgeschlossen. Die folgenden Völkermorde sind an dieser Stelle  
7 exemplarisch zu nennen:

- 8  
9 1. Der Völkermord an den Herero und Nama in der damaligen deutschen Kolonie  
10 Deutsch-Südwestafrika zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die berechtigten Aufstände  
11 gegen die Kolonialherrschaft, führten zu einem schrecklichen „Vernichtungsbefehl“ des  
12 Kommandeurs Lothar von Trotha am Volk der Herero und Nama.  
13  
14 2. Der Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich von 1915. Das Deutsche  
15 Kaiserreich unterstütze den Massenmord als Verbündeter des Osmanischen Reichs im  
16 Ersten Weltkrieg. Einerseits gab es eine passive Unterstützung durch fehlende  
17 diplomatische Interventionen, andererseits gab es auch eine aktive Mittäterschaft  
18 deutscher Spitzenmilitärs, die vor Ort stationiert waren.  
19  
20 3. Der Holocaust zur Zeit des Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg. Dieses  
21 Menschheitsverbrechen kostete Millionen von Jüdinnen und Juden das Leben. In vielen  
22 Staaten Europas wurde jüdisches Leben nahezu ausgelöscht.

23  
24 Wir tragen die Verantwortung dafür, dass die Opfer dieser Verbrechen niemals in  
25 Vergessenheit geraten.

26  
27 In der jüngeren Vergangenheit hat es wegweisende Entwicklungen gegeben. So stufte die  
28 Bundesregierung im Jahr 2015 die damaligen Verbrechen in Deutsch-Südwestafrika  
29 offiziell als Völkermord ein.

30 Der Streit um Entschädigungszahlungen belastet aber leider noch immer das Verhältnis  
31 zwischen dem heutigen Staat Namibia und der Bundesrepublik Deutschland. In Duisburg  
32 gibt es derzeit in der Buchholzer „Afrikasiedlung“ eine Bewegung, die Straßennamen von  
33 Kolonialverbrechern umzubenennen. Dieser Prozess wird von den zuständigen SPD  
34 Mandatsträger\*innen maßgeblich vorangetragen.

35  
36 Im Jahr 2016 stufte die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit der „Armenien-  
37 Resolution“ den Mord an den Armeniern durch das Osmanische Reich als Völkermord ein.  
38 Dies führte zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Deutschland und der Türkei, war  
39 aber ein notwendiger und überfälliger Schritt um eine Erinnerungskultur in Deutschland zu  
40 ermöglichen.

41

42 Der Unterbezirksparteitag stellt daher fest:

43

44 1. Als Duisburger SPD bekennen wir uns zu unserer geschichtlichen Verantwortung, die  
45 wir als Angehörige dieses Staates tragen.

46

47 2. Wir setzen auf eine Versöhnung und einen Dialog auf Augenhöhe mit allen beteiligten  
48 Völkern.

49

50 3. Wir möchten uns an die Opfer erinnern und nicht an die Täter.

51

52 4. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, Entschädigungen mit den betroffenen  
53 Völkern zu vereinbaren. Dazu gehören sowohl finanzielle Wiedergutmachungen als  
54 auch die Rückgabe von geraubten Kunstgegenständen.

55

56 5. In unserer Parteiarbeit begleiten wir den Aufarbeitungsprozess mit Gedenk- und  
57 Informationsveranstaltungen.

58

59 6. Auf der kommunalpolitischen Ebene setzen wir uns für eine Sichtbarkeit der  
60 Aufarbeitung ein. Dazu gehören weitere Straßenumbenennungen, die Errichtung von  
61 Denkmälern gegen den Völkermord oder auch Wanderausstellungen in den  
62 Stadtteilen. Der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ hat uns bereits seine  
63 Unterstützung und Hilfe angeboten.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>R 2</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Baerl, OV Meiderich, OV Neumühl, OV Wanheimerort
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag
<b>BETREFF</b>	„Für eine geschlossene und starke SPD in Duisburg – Erfolgreich für die Bürgerschaft unserer Stadt bei Bundestags- und Landtagswahl“

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2  
3 Über ein Jahr hat auch unsere Partei in Duisburg unter der Corona-Pandemie gelitten. Bürgertreffs,  
4 Mitgliederversammlungen, Antragsberatungen und Wahlen sind ausgefallen. Ein aktives  
5 Parteilieben musste sich notwendigen Schutzmaßnahmen unterordnen. In schwieriger Zeit haben  
6 unser OB und unsere Bezirksbürgermeister innen und Bezirksbürgermeister unsere Stadt und die  
7 Bürgerschaft sicher durch die Krise gebracht. Und SPD-Vorstände in OVs und der UBV mit dem  
8 UBA haben die Organisation aufrechterhalten.

9  
10 Doch es war dringende Zeit, dass ALLE in der SPD wieder aktiv und kreativ werden können, also  
11 die Zeit des Stillstands zu beenden und nach außen geschlossen aufzutreten!

12  
13 Ein erster, mutiger und basisdemokratischer Schritt war die Mitgliederbefragung zur Struktur und  
14 personellen Besetzung der Duisburger Parteispitze. Die breite Beteiligung hat das Bedürfnis der  
15 Mitgliedschaft bewiesen, selbst mitzureden und zu gestalten. Darum beneiden uns andere  
16 Parteien, die ihr Spitzenpersonal entweder in zerstrittenen und zeternden Gremiensitzungen  
17 beschädigt präsentieren oder klammheimlich ohne Basisbeteiligung ausbrüten.

18  
19 Diesen Wettbewerbsvorteil dürfen wir nicht aufs Spiel setzen und werden den klar mehrheitlich  
20 geäußerten Willen unserer Mitgliedschaft umsetzen durch  
21 -Einführung der Möglichkeit der Doppelspitze per Satzungsänderung, allerdings mit einer  
22 eingebauten politischen Überprüfung alle zwei Jahre durch den UB-Parteitag  
23 -die Wahl von Sarah Philip und Sören Link zu den Vorsitzenden im UB Duisburg für die nächsten  
24 zwei Jahre.

25  
26 Jetzt stehen im Herbst Bundestags- und im nächsten Frühjahr Landtagswahlen an. Dafür müssen  
27 wir uns durch überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten sowie klare, sozialdemokratische  
28 Programme gut rüsten.

29  
30 Wir stellen fest:

- 31 1. Das hohe Ziel, beide Bundestagswahlkreise in Duisburg direkt mit einer Mehrheit von Erst- und  
32 Zweitstimmen erneut zu gewinnen, setzt innere Geschlossenheit und gemeinsamen Einsatz  
33 für Bärbel Bas und Mahmut Özdemir voraus.  
34 2. Die Vielzahl von Bewerberinnen und Bewerbern für die SPD-Kandidatur in der drei Duisburger  
35 Wahlkreisen setzt einen kreativen aber fairen Wettbewerb, eine transparente Entscheidung  
36 und deren Akzeptanz durch alle Unterlegenen voraus.

37  
38 Wir fordern alle Funktionäre und Funktionärinnen zur Besonnenheit auf und dazu, die  
39 Mitgliederbasis weiterhin kreativ, partizipativ und demokratisch einzubinden.

40  
41 Angenommen:

42 Abgelehnt:

43 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>R 3</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Rheinhausen-Mitte
<b>ADRESSAT</b>	UB Parteitag
<b>BETREFF</b>	Vorschlag von Gesine Schwan zur Flüchtlingsfrage

1  
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
3  
4  
5 Die Duisburger SPD unterstützt den Vorschlag von Gesine Schwan zur Flüchtlingsfrage  
6 und greift ihn mit auf. Kommunen, die bereit sind als ‚offener Hafen‘ Flüchtlinge  
7 aufzunehmen und zu integrieren, sind somit zusätzlich auch von der EU finanziell und  
8 wirtschaftlich zu unterstützen.  
9

10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

Angenommen:  
Abgelehnt:  
Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>S 1</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	UBA
<b>ADRESSAT</b>	SPD UB-Parteitag
<b>BETREFF</b>	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 1

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

- 3  
4 Der Unterbezirksvorstand wird durch den Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei  
5 Jahren gewählt. Er hat höchstens 21 Mitglieder und setzt sich zusammen aus  
6  
7 - Der bzw. dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, die nicht  
8 dem gleichen Geschlecht angehören (Doppelspitze). Gleichberechtigte  
9 Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen  
10 - ..... Spiegelstriche 2-4 unverändert  
11 - und weiteren bis zu 15 Vorstandsmitgliedern.

12 Der Unterbezirksparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob eine oder ein  
13 Vorsitzender oder eine Doppelspitze gewählt werden soll. Zum Zeitpunkt seiner Wahl darf  
14 höchstens die Hälfte der Mitglieder Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger (Stadtrat,  
15 Landtag, Bundestag) sein. Der Unterbezirksvorstand kann zu seinen Sitzungen  
16 Beraterinnen bzw. Berater hinzuziehen

17  
18  
19 Angenommen:  
20 Abgelehnt:  
21 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>S 2</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Beeck/Bruckhausen, OV Homberg/Ruhrort, OV Rumeln-Kaldenhausen, OV Neudorf
<b>ADRESSAT</b>	SPD UB-Parteitag
<b>BETREFF</b>	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 2

1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3  
4 § 10 Nr.1 der Satzung des SPD Unterbezirkes Duisburg wird wie folgt geändert:  
5 Statt des Satzes:

6  
7 „Dabei darf zum Zeitpunkt seiner Wahl höchstens die Hälfte seiner Mitglieder  
8 Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger (Rat, Land, Bund) sein.“ wird folgender Satz  
9 eingefügt: „Dabei darf zum Zeitpunkt seiner Wahl höchstens 1/3 seiner Mitglieder  
10 Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger (Rat, Land, Bund) sein, oder bei der Partei, ihrer  
11 Untergliederungen oder seinen Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträgern in abhängiger  
12 Beschäftigung sein.“

13  
14 **Begründung:**

15 Der Schwerpunkt der Partei sollte sich verstärkt an den Interessen und der Innovation der  
16 Ortsvereine, und damit der Basis, ausrichten. Um Personen mit einem Mandat und/oder  
17 entsprechenden beruflichen Abhängigkeitsverhältnis nicht in einen eventuellen Zielkonflikt  
18 zu bringen, sollte diese Personengruppe entsprechend mit einer Obergrenze in dem  
19 Gremium besetzt werden.

20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33

34  
35 Angenommen:  
36 Abgelehnt:  
37 Überwiesen an:



**UB Parteitag**  
am 19.06.2021

# SPD Duisburg

<b>ANTRAG</b>	<b>S 3</b>
<b>ANTRAGSTELLER</b>	OV Homberg/Ruhrort, OV Rumeln-Kaldenhausen, OV Neudorf, Beeck/Bruckhausen
<b>ADRESSAT</b>	SPD UB-Parteitag
<b>BETREFF</b>	Neufassung UB-Satzung §11 Abs. 4

- 1  
2 Der UB Parteitag möge beschließen:  
3  
4 Der UBA wird das höchste Gremium zwischen den Parteitagen § 11 Nr. 4 wird wie folgt  
5 neugefasst:  
6  
7 Zu den Aufgaben des UB-Ausschusses gehören, Beratung und Empfehlung zu  
8 wesentlichen politischen und organisatorischen Fragen, Kontrolle des  
9 Unterbezirksvorstandes, Vorbereitung der Unterbezirksparteitage, Beschlüsse von  
10 Grundsätzen und Richtlinien für die Parteilarbeit im Unterbezirk, Organisation und  
11 Richtlinien für die Aufstellung von Kandidatinnen bzw. Kandidaten, Bildung von  
12 Ausschüssen für besondere Aufgaben. Der Unterbezirksausschuss ist anzuhören vor  
13 Beschlüssen des Unterbezirksvorstandes über grundsätzliche politische und  
14 organisatorische Fragen sowie bei der Vorbereitung von Wahlen zu Parlamenten und  
15 kommunale Vertretungskörperschaften.  
16  
17 Nach Nr. 4 wird ein neuer Absatz 5 eingefügt, die folgenden Nummern werden  
18 entsprechend angepasst:  
19  
20 Absatz 5:  
21 Der Unterbezirksausschuss kontrolliert den Unterbezirksvorstand zwischen den  
22 Unterbezirksparteitagen. Der Unterbezirksvorstand berichtet dem Unterbezirksausschuss  
23 über die wesentlichen politischen und organisatorischen Fragen. Der  
24 Unterbezirksausschuss kann zu organisatorischen oder konkreten Fragen Beschlüsse  
25 fassen, auch abweichend vom Unterbezirksvorstand, diese sind vom  
26 Unterbezirksvorstand umzusetzen. Legt der Vorstand mit einer einfachen Mehrheit ein  
27 Veto ein, ist der Beschluss dem Unterbezirksparteitag zur Entscheidung vorzulegen.  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37 Angenommen:  
38 Abgelehnt:  
39 Überwiesen an: